

## **Zum Thema: Abschiebungen nach Afghanistan; Rede von Dr. H. J. Fahn im Landtag am 22.2.17**

Vor einigen Monaten war die Lage in Afghanistan noch überschaubar. Es gab sichere und unsichere Gebiete. So konnten wir im Dezember 2016 war die Lage sehr kritisch bewerten, aber immer noch sagen, dort gibt unsichere und sichere Gebiete wie zum Beispiel die Provinz Bamiyan. Aber schon damals wurde bekannt, dass auch Rückkehrer aus Pakistan die Unterkünfte immer knapper und auch inhumaner wurden.

Derzeit ist es so: Es gibt es keine sicheren Gebiete im Norden – weder auf dem Land noch in der Stadt. Auch in Kabul ist derzeit keine sichere Lage mehr. Bewohner können jederzeit Opfer von Anschlägen werden oder ins Kreuzfeuer geraten.

1

Aber erst der Bericht der Vereinten Nationen Anfang (mit aktuellen Zahlen)Februar 2017 zeigte deutlich, dass sich die Lage dramatisch verschlechtert hat 3512 Kinder kamen 2016 um; insgesamt wurden 11418 Unbeteiligte getötet. Am stärksten betroffen ist der Süden von Afghanistan, den größten Anstieg der Opfer gab es aber rund um Kabul. Bis Ende Dezember wurden rund 450000 Menschen neu in die Flucht getrieben oder über 500000 Menschen wurden innerhalb von Afghanistan vertrieben. **Die Sicherheits- oder besser gesagt die Unsicherheitslage ändert sich derzeit dauernd aber in Richtung Unsicherheit.**

**Daher nimmt die UNHCR aufgrund dieser Situation derzeit keine Unterscheidung mehr zwischen**

**sicheren und unsicheren Gebieten vor. Derzeit gibt es keine sichere und zumutbare interne Schutzalternative mehr. Wir haben also einen Handlungsbedarf.**

- Die 5 Bundesländer, die derzeit nicht nach Afghanistan abschieben sind Schleswig-Holstein Bremen Thüringen (LINKE, SPD, Grüne), Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Aktuellen Medienberichten zufolge schickt auch Nordrhein-Westfalen keine Afghanen zur nächsten Sammelabschiebung, die vom Münchner Flughafen aus starten soll. Bayern macht dies und zwar heute Abend. Dies ist aber rechtlich möglich.
- Die **Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler** (SPD), plädierte für einen sofortigen bundesweiten Stopp von Abschiebungen in das Land.
- Kardinal Reinhard Marx und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm haben sich gestern kritisch über Abschiebungen nach Afghanistan geäußert. Marx nannte diese am Montag in München »außerordentlich fragwürdig«. Er sprach sich dafür aus, stets auf den Einzelfall zu schauen. Auch Bedford-Strohm appellierte an die politisch Verantwortlichen, sehr genau hinzusehen, um welche Menschen es sich handle.
- Innenminister de Maizière beharrte gestern in den Tagesthemen darauf, Ziele der radikalislamischen Taliban seien Vertreter und Institutionen des Staates wie Polizisten, Botschaften sowie Hotels. Die Bürger seien zwar Opfer, aber nicht Ziel der Taliban. Das sei ein großer Unterschied. Für uns

Freie Wähler aber nicht, weil ein Toter ein Toter zu viel ist.

- **Peter Utsch, Oberst aus dem Landkreis Main Spessart** ist mehrere Mal im Jahr in Afghanistan hat uns in einer Nachricht ganz klar geschrieben: „Gegenwärtig (das hat er mir gestern Abend geschrieben) kann ich in guten Gewissen keine generelle Empfehlung für eine Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan geben. Wir brauchen ein Konzept, das langfristig greift und den Wiederaufbau des Landes im Blick hat “. Wir stimmen Peter Utsch völlig zu. Er ist ein Mann der Praxis, aber auch ein Mann der Basis, weil er immer uns vor Ort in Unterfranken zeitnah berichtet.

### **Was wollen die Freien Wähler ?:**

- Wir sehen die Lage in Afghanistan als höchst kritisch an
- Wir wollen eine Neubewertung der Sicherheitslage Afghanistans unter Berücksichtigung des UNHCR-Berichte
- Wir wollen eine dreimonatige Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan. Die Formulierung im Antrag der Grünen „Aussetzung bis zur nächsten Innenministerkonferenz am 12.6. ist rechtlich nicht möglich, weil die Länder nur für 3 Monate dies eigenständig machen können. Der vierte Spiegelstrich im Antrag der Grünen ist zu allgemein formuliert und bezieht sich nicht nur auf Afghanistan. Hier wäre ein separater Antrag sinnvoll. Auch beim Antrag der SPD ist der erste Satz etwas ungenau formuliert

- Im Punkt 3 haben wir einige Ausnahmen formuliert, die andere Bundesländer wie z.B. Schleswig Holstein auch schon festgelegt haben (z.B. für sog. Gefährder und Straftäter.
- Zum Schluss möchte ich betonen, dass Abschiebungen zwar wichtig und in bestimmten Fällen notwendig sind. Ein besseres Konzept sind aber die freiwillige Rückkehr und hier müssen wir die bestehenden Rückkehrprogramme noch deutlich finanziell aufstocken und auch die Öffentlichkeitskampagnen deutlich verbessern.
- **Wir erhoffen uns als ersten Schritt von der Innenministerkonferenz eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan. Die weiteren müssen dann darauf aufbauend erfolgen, vorschnelle Schlüsse helfen an dieser Stelle niemand. Zusammengefasst heißt das: Augenmaß nicht verlieren bei einem so wichtigen Thema.**